

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Januar—  
Februar 1972

# Evangelische Verantwortung

Heft 1 — 2/1972

## Demokratie und Demokratie- verständnis

Kai Uwe von Hassel

Ende 1971 besuchten die Direktoren der Evangelischen und Katholischen Akademien Bonn. Im Rahmen ihres mehrtägigen Aufenthaltes ergaben sich auch Gesprächsmöglichkeiten mit Vertretern der CDU/CSU-Fraktion sowie des Evangelischen Arbeitskreises der CDU. Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel hielt vor den Akademiendirektoren einen Vortrag, den die „Evangelische Verantwortung“ im Wortlaut wiedergibt.

Sie haben mir ein Thema gestellt, das jedermann — sei er Theoretiker oder Praktiker — dazu verführen könnte, sein Demokratieverständnis als das heutige auszugeben, also nur über die Punkte zu sprechen, die ihm kritikwürdig erscheinen.

Ich will dieser Versuchung widerstehen. Ob es gelingt, wieweit es gelingt, wird jeder von Ihnen am Ende meiner Ausführungen selbst beantworten können. Und ich bin ziemlich sicher, daß diese Antwort nicht bei jedem gleich ausfallen wird.

Damit sind wir schon bei einem Schwerpunkt unseres Themas: Der für die Demokratie notwendigen Meinungsvielfalt. Gerade zu diesem Punkt werde ich einiges sagen. Aber wiederum widerstehe ich der Verlockung mit diesem — mir besonders am Herzen liegenden — Thema zu beginnen.

Meine erste These ist: Wir brauchen keine Totalrevision der Verfassung!

## Aus dem Inhalt

|   |    |
|---|----|
| <b>Demokratie und Demokratieverständnis</b>                               | 1  |
| <b>Konrad-Adenauer-Gedenkprägung</b>                                      | 3  |
| <b>Signale der Erweckung</b><br>Eberhard Stammer                          | 6  |
| <b>Konservatismus — Wandel, Wesen, Widerstand</b><br>H. Dieter Burkert    | 7  |
| <b>Hermann Kunst zum 65. Geburtstag</b><br>Gerhard Stoltenberg            | 9  |
| <b>Um die geistige Freiheit in der Bundesrepublik</b><br>Waldemar Wünsche | 10 |
| <b>Leserbriefe</b>  | 12 |
| <b>Resolutionen aus den Arbeitskreisen der Nord-West-Tagung Oldenburg</b> | 13 |
| <b>Verzeichnis der Evangelischen Akademien</b>                            | 14 |
| <b>Politikertagung in Iserlohn</b>  | 15 |
| <b>Aus den Tagungsprogrammen der Evangelischen Akademien</b>              | 15 |
| <b>Israel-Studienreise</b>  | 16 |

Die grundlegenden Prinzipien unserer demokratischen Ordnung

- Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten,
- Unabhängigkeit der Gerichte,
- Gewaltenteilung,
- Verantwortlichkeit der Regierung,

- **Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,**
- **Mehrparteienprinzip mit Chancengleichheit für alle politischen Parteien und mit dem Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition.**

Diese Prinzipien halte ich für nicht reformbedürftig. Im Gegenteil: Unter den zweifellos zahlreichen Gründen, weswegen die Demokratie zur relativ besten Herrschaftsform zählt, die man sich vorstellen kann, gehört ihre Fähigkeit, Reformen unter allseitig anerkannten Regeln — ohne Revolte und Blutvergießen — zuzulassen und zu verwirklichen. Wenn man allen Ernstes der Auffassung wäre, daß sich nichts ändern soll, brauchte man keine Wahlen, kein Mehrparteiensystem, keinen Regierungswechsel, keine Opposition, kurzum: kein Parlament — man brauchte nur eine stabile Verwaltung.

Mein Bekenntnis zum Mehrparteiensystem schließt deshalb das Bekenntnis ein: Wir müssen die Institutionen fortlaufend auf Reformbedürfnis überprüfen. Gerade die Institutionen, die dazu da sind, die Reformen zu planen, auszuarbeiten und zu beschließen, geraten mit der Zeit selber in die Notwendigkeit, ihre Arbeitsweise kritisch zu überdenken. Genau an diesem Punkt stehen wir seit einigen Jahren in der Bundesrepublik.

Auch wenn man ohne Einschränkung feststellen kann, daß das Grundgesetz dem staatlichen Leben im demokratischen Teil Deutschlands eine stabile und funktionsfähige Ordnung zu sichern vermochte, kommt man nach den Erfahrungen aus einer über 20jährigen Verfassungspraxis nicht umhin, zu erkennen, daß unsere institutionelle Ordnung auf Teilbereichen reformbedürftig ist. Davon ist die innere Ordnung der Parteien ebenso betroffen wie die Arbeitsweise des Parlaments, die Organisation der Regierung und das

Bund-Länder-Verhältnis — um für's erste nur einige Bereiche zu nennen. Der Bundestag hat gerade zur Lösung dieser Probleme die Enquete-Kommission Verfassungsreform eingesetzt.

---

### Das Schlagwort „Demokratisierung“

---

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die öffentliche Demokratie-Diskussion sich mit dem übergreifenden Aspekt der Demokratisierung aller Lebensbereiche beschäftigt. Dazu folgende Bemerkungen:

- „Demokratisierung“ ist heute die knappste Formel, mit der sich viele Forderungen nach Veränderung und Reform des politischen und gesellschaftlichen Lebens begrifflich zusammenfassen lassen.

- Der Effekt der geradezu inflationären Anwendungen des Demokratie-Begriffs besteht darin, daß dieser Begriff jegliche Aussagekraft zu verlieren beginnt.

- „Demokratisierung“ ist zu einem Schlachtruf geworden, der gleichsam unter Denkmalschutz steht: Wer den zahllosen, aber keineswegs immer realistisch durchdachten Demokratisierungsforderungen kritisch oder skeptisch gegenübersteht, gilt als „konservativ“ oder „reaktionär“.

- Durch die Verbindung aller möglichen Reformen mit „Demokratie“ wird in die politische Alltagsarbeit eine Dramatik hineingebracht, die die sachliche Auseinandersetzung erschwert.

- Demokratie wird identifiziert mit dem schlechthin Guten. Die Diskussion um Demokratisierung artet zu einem „Glaubenskrieg“ aus.

- Die Demokratie-Diskussion ist keineswegs auf linke Zirkel innerhalb der Studentenschaft beschränkt; spätestens seit dem Wahlkampf von 1969 wird die Kontroverse über Demokratie und Demokratisierung auch zwischen den beiden großen Parteien in der BRD geführt. Während nach Auffassung mancher CDU-Politiker Demokratie zwar die ideale Organi-

sationsform des Staates ist, nicht aber in gleicher Weise Gestaltungsprinzip auf allen gesellschaftlichen Gebieten sein kann (so sinngemäß Bruno Heck, vgl. Die Politische Meinung, Jg. 1970, H. 131, S. 21), wird von führenden Politikern der SPD die These vertreten, daß Demokratie ein Prinzip sei, daß alles gesellschaftliche Sein des Menschen beeinflussen und durchdringen müsse (vgl. Politische Meinung, a. a. O.).

- Das Demokratieverständnis basiert vielfach auf unreflektiert übernommenen Idealen, denen die politische Wirklichkeit nicht entsprechen kann.

- Bisweilen ist ein „verkürztes“ Demokratieverständnis anzutreffen, d. h. die unrealistische Verabsolutierung einzelner Demokratieaspekte (z. B. unmittelbare Partizipation), die sich in komplexen und arbeitsteilig organisierten Gesellschaften beim besten Willen nicht durchführen lassen.

„Komplexe Gesellschaft verlangt nach komplexer Demokratietheorie.“ (Winfried Steffani, in: Parlamentarismus ohne Transparenz. Opladen 1970, S. 21.)

Soweit einige vorausgeschickte Bemerkungen zum gegenwärtigen Demokratieverständnis.

Ob man die Frage bejahen oder verneinen soll, ob unsere Demokratie mit dem gegenwärtigen Demokratieverständnis vereinbar ist, hängt also weitgehend von eben diesem Verständnis ab. Wer von Demokratie-Modellen nichts hält, die — auf einen Staat von der Größenordnung der Bundesrepublik übertragen — Utopie bleiben müssen, wird zu der Antwort kommen, daß entsprechend dem eingangs Gesagten keine Notwendigkeit zu einer totalen Revision unserer staatlichen Apparatur besteht, was nicht ausschließt, daß institutionelle Teilreformen, auch neue Methoden demokratischer Mitbestimmung, ernsthaft zu erwägen sind — und ja auch auf verschiedenen Bereichen erwogen werden bzw. schon verwirklicht worden sind.

Als Beispiel sei an die viel diskutierte Reform des Parlaments erinnert, von der noch der fünfte Bundestag wesentliche Teile be-

# NEU!

# Konrad-Adenauer- Gedenkprägung 1972

Wertobjekt Feinsilber 999



Der 5. Todestag Konrad Adenauers ist Anlaß für die CDU, den unvergessenen Bundeskanzler durch eine Gedenkprägung zu ehren. Diese wertvolle Prägung ist für Sammler und Anleger in gleichem Maße interessant und wird, durch die begrenzte Auflage, in den nächsten Jahren in ihrem Wert steigen. Die Prägung erhalten Sie ab sofort über alle Landes- und Kreisverbände der CDU. Am schnellsten bekommen Sie die Konrad-Adenauer-Gedenkprägung, wenn Sie einfach den Coupon ausfüllen und einsenden.

Hier abtrennen

## Coupon

Hiermit bestelle ich  Adenauer-Gedenkprägungen zum Preise von je 27,50 DM  
und  elegante Etuis, 1,70 DM je Stück  
Preise inkl. Mehrwertsteuer

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Wohnort

\_\_\_\_\_  
Straße

**Union Betriebs GmbH**  
**53 Bonn**  
**Argelanderstraße 173**

Zahlungsweise (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Scheck liegt bei

Portofreie Nachnahme

geschlossen hat. Ziel dieser Maßnahmen und aller künftigen Reformen ist, den Erfordernissen des modernen Zeitalters entsprechend ein modernes Parlament zu schaffen, das sich nicht nur als „Notar“ von Regierungsvorlagen versteht, sondern imstande ist, selbstbewußt die politische Wirklichkeit mitzugestalten. Insofern ist Parlamentsreform immer auch ein Beitrag zur Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

Zu warnen bleibt jedenfalls vor einem Demokratieverständnis, das darauf hinausläuft, alle Bürger könnten eines Tages über alle Fragen unmittelbar mitentscheiden.

---

### Demokratie und Mitbestimmung

---

Erweiterte Mitbestimmung oder Partizipation ist zu einem der Schlüsselwörter in der gegenwärtigen Demokratie-Diskussion geworden. Der Trend, in einer plebiszitären oder direkten Demokratie anstatt in unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie das Heil aller Dinge zu suchen, ist unverkennbar.

Zur Frage der Partizipation gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen:

■ Das Volk habe heute, „wenn überhaupt, dann in abnehmendem Maße die Überzeugung, daß von ihm alle Staatsgewalt ihren Ausgang nehme oder daß es an der Entscheidung über seine eigenen Angelegenheiten maßgebend beteiligt sei. Daher kommt es, daß der Ruf nach mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung des einzelnen Bürgers seit vielen Jahren immer lauter ertönt.“ (Helmut Lindemann, Wieviel kann das Volk entscheiden? In: Evangelische Kommentare. Jg. 1971. H. 8. S. 439.)

■ Ein demokratisches System muß alle Möglichkeiten der Mitbestimmung verwirklichen, denn eine Gesellschaft, die nicht mitagieren kann, ist eine frustrierte Gesellschaft, in der sich Resignation, Widerstand oder Aggression herausbilden können.

■ Die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger sind keineswegs auf die Teilnahme an Bundestags- und Landtagswahlen beschränkt. Vom Grundgesetz teilweise ausdrücklich sanktioniert ist Mitwirkung in Parteien und Verbänden, Beteiligung in der Kommunal- und Regionalpolitik, Mitarbeit in zahllosen betrieblichen und sonstigen Beiräten, Petitions- und Demonstrationsrecht, Möglichkeit von Bürgerinitiativen u. ä.

■ Die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten werden gar nicht ausgenutzt (vgl. geringe aktive Mitarbeit in den Parteien; Schwierigkeiten bei Gemeinderäten und -ausschüssen, Betriebsräten, Kirchengemeinden, Elternbeiräten usw., interessierte Mitarbeiter zu finden).

In der Frage der Partizipation sollten die Möglichkeiten — auch die Schaffung sinnvoller neuer Möglichkeiten — nicht übersehen werden, aber auch nicht die Grenzen. Wenn man beispielsweise berücksichtigt, daß selbst Abgeordnete, die ihr Mandat größtenteils „hauptberuflich“ ausüben, nur über eine jeweils begrenzte Anzahl von Sachgebieten genauer Bescheid wissen, wie soll dann ein normaler Berufstätiger, der um 6 Uhr abends von der Arbeit nach Hause kommt und Familie hat, noch in allen (!) Fragen, die ihn betreffen, sachkundig „mitentscheiden“. Die Partizipation findet ihre Grenzen an ganz banalen Tatsachen, daß wir nur arbeitsteilig unsere Arbeit verrichten können und der Tag nicht mehr als 24 Stunden hat.

Noch ein anderer Gesichtspunkt, der sich auf die Partizipation in Teilbereichen bezieht, sollte zu denken geben: Quasi-parlamentarische, gruppenparitätisch besetzte Selbstverwaltungsgremien (beispielsweise in Hochschulen) laufen Gefahr, sich als autonome Gebilde zu verstehen, die sich gegen jegliche Kontrolle, sei es durch Parlamente, staatliche Behörden oder außenstehende gesellschaftliche Gruppen, verschließen.

In diesem Zusammenhang noch einige Worte zu der Forderung nach Verstärkung der plebiszitären Elemente:

Ich bin ein Anhänger des repräsentativen Systems, weil nur dieses System die Verantwortlichkeit des Gesetzgebers gegenüber dem Bürger kennt. Ist der Bürger selbst der Gesetzgeber, dann hat er niemanden, den er nach einer Abstimmungsschlacht zur Verantwortung ziehen kann. Er hat ja selbst das Gesetz „gemacht“. Dieses System verführt auch dazu, den Bürger durch Demagogie zu einer raschen Entscheidung zu verleiten. Die „demagogische Gruppe“ löst sich nach der Entscheidung auf, besser, sie verändert Namen und Zusammensetzung, der Bürger hat niemanden, dem er sein Vertrauen entziehen kann. Da im Plebiszit die Mehrheit recht hat, braucht man keinen verfahrensmäßigen Schutz der Minderheit. Es braucht auch kein Kompromiß gesucht und gefunden zu werden, denn die Mehrheit braucht nicht gefunden zu werden, sie ergibt sich — und sei es überraschend — am Abend des Abstimmungstages.

---

### Die Chance der Minderheiten

---

Das repräsentative System dagegen braucht den Minderheitenschutz, weil jede Gruppe einmal Minderheit werden kann, — es braucht den Kompromiß, um überhaupt eine Mehrheit zu finden, — es bietet die Chance, zu beweisen, daß die Mehrheit mit ihrer Entscheidung recht hatte.

Die Entscheidung, ob die Mehrheit ihre Chance genutzt hat, diese Entscheidung bleibt beim Bürger, beim Wähler.

Auch wenn er nicht Akteur wird — die meisten wollen das gar nicht — er kann noch immer Richter sein.

Ich glaube, daß dies der Mehrheit unseres Volkes ein im Ergebnis höherwertigeres Recht gibt, als die Forderung, jeder hat zu jeder Sache und zu jeder Zeit selbst zu agieren.

Ich sprach zu Beginn über die Meinungsvielfalt. Ich will jetzt näher

darauf eingehen. Zu den unverzichtbaren Grundsätzen der Demokratie gehört, daß die Minderheit die Chance haben muß, Mehrheit zu werden, also die alte Mehrheit abzulösen. Diese Chance hat sie nur, wenn wir ihr das Recht geben, Entscheidungen der Mehrheit zu kritisieren. Niemand ist in der Lage, objektiv richtig festzustellen, ob politische Entscheidungen, die sich meist erst in der Zukunft auswirken, die in jedem Falle Wertungen von Sachverhalten sind, — ob diese Entscheidungen gut oder schlecht sind. Die Kritik der Minderheit an diesen Entscheidungen ist also eine Meinung, die Verteidigung der Mehrheit die andere Meinung. Welche Meinung überzeugender ist, soll allein der Wähler feststellen.

Sie haben es sicher gemerkt: Ich befasse mich mit dem Vorschlag eines Parteitag, ein Ausschuß (gebildet aus den gesellschaftlich relevanten Kräften) soll — mit Mehrheit — feststellen, ob in einer Publikation Informations-Mißbrauch getrieben wird.

Meine Frage ist: Wird die Mehrheit dieses Ausschusses feststellen, daß die Mehrheit der politisch relevanten Kräfte Mißbrauch mit der ihr übertragenen Macht getrieben hat? Das wird theoretisch gar nicht unmöglich sein, aber ich überlege nur, wie groß die Chance irgendeiner Minderheit ist, den Feststellungen dieses Ausschusses zu entgegenen?

Natürlich gibt es Mißbrauch, auch Mißbrauch der Informationsprivilegien. Im Fernsehen ist das so deutlich wie bei Zeitungen zu sehen. Aber eine ganz andere Frage ist, ob ich einer Mehrheit von relevanten Kräften die Macht verleihe, einen solchen Mißbrauch sozusagen amtlich festzustellen. Auch diese Macht kann wie jede Macht mißbraucht werden. Wer stellt diesen Mißbrauch fest?

Wir haben unsere Gerichte, die in der Lage sind, Verleumdungen und Beleidigungen rechtskräftig als solche festzustellen. Meinungen, auch wenn sie politisch geäußert werden, Meinungen müssen frei bleiben, — sie sollen allerdings von allen anderen auch frei beurteilt werden können.

Ich habe dieses Thema ein wenig vertieft, nicht nur, weil es aktuell

ist, sondern auch, weil es ein Grundproblem der Demokratie skizziert: Was dürfen Mehrheiten und wann müssen Minderheiten geschützt werden?

Es ist nicht nur die Frage, ob man die Wahrheit objektiv feststellen kann, es ist auch die Frage, ist der Mensch — wenn er nur richtig angeleitet wird, gut, oder kann er nur gut, kann er nicht auch böse sein oder vielleicht nur irren?

Mit anderen Worten: Ist diese Welt als vollkommene Welt auch nur denkbar?

Wenn man diese Frage verneint, dann muß man den einzelnen schützen vor den Irrtümern der anderen. Dieser Schutzraum mag vielleicht im Einzelfall gar nicht notwendig sein, er kann für den Staat sogar hinderlich sein. Er muß aber gewährt werden, weil auch die Mehrheit sich irren kann.

---

### Das Problem der Gleichheit

---

Eines der schwersten Probleme unserer Grundordnung ist die Gleichheit: Art. 3 GG.

Auch dieses Problem spreche ich nicht deswegen an, weil es an sich schwierig ist, sondern weil es in seiner Schwierigkeit die ganze Problematik der gerechten Ordnung eines differenzierten Gemeinwesens zeigt.

Nehmen wir wieder ein aktuelles Beispiel: die Überlegungen zur Steuerreform.

Als vorgegeben in diesen Überlegungen ist der Gedanke: die Progression der Steuertarife ist gerecht! — Nur ist Progression gewiß das Gegenteil von Gleichheit. Dennoch erörtert niemand dieses Problem. Erörtert wird — bei Unterstellung, daß Progression gerecht ist — ob nicht das Gleichheitsgebot es erfordere, daß beim Abzug der Sonderausgaben, bei Ausgaben für Kinder bei jedem Steuerpflichtigen das gleiche Ergebnis erreicht werden muß: nämlich 20 Prozent Vergütung, selbst wenn nicht einmal 20 Prozent Steuern vom Gesamt-Einkommen gezahlt werden, — aber auch wenn

40 Prozent vom Gesamteinkommen als Steuern gezahlt werden.

Nun kommt noch ein Punkt hinzu: Die Einnahmen von Arbeitnehmern aus Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen — mindestens in einem gewissen Umfang — völlig steuerfrei sein. Gleichzeitig sollen Vergünstigungen für freie Berufe (selbst der Grundfreibetrag) gestrichen werden, bei den Berufen also, die notwendigerweise mehr als 42 Stunden in der Woche arbeiten müssen, bei denen Überstunden nur deswegen rein rechnerisch nicht festzustellen sind, weil sie von vornherein einkalkuliert sind.

Auch das Projekt der Sondersteuer für Akademiker gehört in diesen Zusammenhang.

Die Begründung „gerechter Ausgleich für staatlich gewährte Ausbildungsförderung“ ruft natürlich die Frage auf, ob dann nicht auch ein gerechter Ausgleich für vom Staate zu verantwortende Ausbildungsbehinderung (durch Kriegsdienst z. B.) durch Steuervergünstigung zu leisten ist.

Nicht, daß ich dies möchte, es zeigt nur, daß Gerechtigkeit ein wenig schwieriger zu verwirklichen ist, als nur durch Berücksichtigung eines Aspekts, mag er einer Mehrheit auch noch so einleuchtend erscheinen.

Ich will hier keine Steuerreform-Diskussion beginnen. Mein Problem ist ein ganz anderes: Darf eine Mehrheit im Parlament eine Reform unter dem Gesichtspunkt planen, daß ihre Vergünstigungen einer Mehrheit der Bürger, dem Arbeitnehmer, zugute kommen. Darf sie dabei die Rücksicht auf andere außer acht lassen, die nur Minderheit sind. Von der Aufgabe der Parteien her, bei der nächsten Wahl die Mehrheit der Stimmen zu erhalten, erscheint das legitim.

Unter dem Aspekt, daß Minderheiten berücksichtigt werden müs-

# Signale der Erweckung

Eberhard Stammer

sen, und daß jeder unter uns in irgendeiner Beziehung einer Minderheit angehört und in jedem Falle aus seiner augenblicklichen Mehrheitszugehörigkeit eine Minderheitszugehörigkeit werden kann, erscheint das bedenklich.

Dieses bedenkliche Beispiel – bedenklich jetzt im Sinne von bedenkenswert – habe ich an den Schluß meiner Ausführungen gesetzt, weil es zeigt, wie schwierig die Ideale unserer Grundordnung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Schutz der Minderheit und Entscheidungsmacht der Mehrheit, und dies sind nur einige Grundwerte, in der Praxis der Demokratie zu vereinbaren sind.

Daß die Bewegung, die unter dem Namen „Jesus People“ bekannt wurde, den Charakter einer Erweckung trägt, ist nach den bisherigen Berichten wohl nicht zu bestreiten. Allerdings sind die Urteile darüber ebenso zwiespältig wie die Eindrücke, die über diese Bewegung publiziert wurden. Es handelt sich dabei nur um eine Modeerscheinung, die ebenso rasch wieder abklingt, wie sie entfacht wurde – sagen die einen. In ihr kündet sich ein neuer Durchbruch religiöser Erwartung an – sagen die anderen. Beide Urteile lassen sich durch Beobachtungen belegen, und darum mag an beiden etwas Richtiges sein.

haben, die ihre Erfahrungen weitertragen wollen.

Diese Entwicklung ist auch insofern überraschend, als sie sich in einer jungen Generation abzeichnet, von der man immer wieder behauptet hat, daß in ihr das religiöse Interesse ausgelöscht sei und daß sie sich nur noch ihrem Genuß und ihrem materiellen Glück hingeebe. Diese Beobachtungen verbanden sich ja auch mit der These vom Tode Gottes, vom Absterben des Glaubens und dem Ende der Religion. Nun aber ist hier eine Bewegung aufgebrochen, die mit Inbrunst wieder an Jesus glaubt, ihn als die höchste Wirklichkeit erlebt und in seinem Namen sogar Wunder erlebt. Die Parole „Gott ist tot“ wurde durch den Ruf „Jesus lebt“ überholt.

## Glaube befreit vom Rauschgift

Auch wenn man in Rechnung setzt, daß einzelne Erscheinungen von der Massenpublizistik zur Sensation hochgespielt wurden, läßt sich nicht leugnen, daß sie an einem der empfindlichsten Krankheitssymptome unserer Gesellschaft erstaunliche Heilungen ermöglichten: Wenn man bedenkt, wie heftig über das Ausufernde der Drogenwelle geklagt wird und wie wenig die bisherigen Aufklärungsaktionen dagegen bewirken konnten, ist es schon erstaunlich, daß es der Jesus-Bewegung gelang, junge Menschen aus dieser Sucht nach dem Rausch zu befreien und ihrem Leben wieder einen Sinn zu geben. Es ist erstaunlich, daß diese Wandlungen nicht etwa im traditionellen Milieu der Kirche zu beobachten waren, sondern daß junge Menschen erfaßt wurden, die jede Beziehung zur Kirche verloren hatten. Ebenso eindrucksvoll ist es, daß diese Wandlung nicht nur als persönliche Befreiung empfunden wird, sondern daß sie sich in Verantwortung für andere umsetzt und daß sich überall Gruppen gebildet

## Fragen an die Kirche

Damit ist natürlich auch eine ernste Frage an die Kirche gestellt: Wie kommt es, daß nicht aus ihr diese Bewegung aufbrach, sondern, daß sie sich von außen davon überraschen lassen mußte? Während sie zwar treu und gehorsam das Wort Gottes verwaltet, hat sich außerhalb ihrer Mauern dieses Wort in einer erstaunlichen Weise als lebendige Kraft erwiesen. So steht sie nun – in allen Konfessionen – vor der Frage, ob sie sich über diese Bewegung freuen oder ärgern soll, ob sie das, was hier geschah, in sich aufnehmen kann oder ob es an ihr vorbeigeht.

Diese Frage ist deshalb nicht einfach zu beantworten, weil in der Tat noch nicht zu übersehen ist, wieviel sich an dieser Jesus-Bewegung an echtem Glauben und unechter Schwärmerei entfaltet, ob hier der Rausch der Droge nicht durch den Rausch des religiösen Erlebnisses ersetzt wurde und ob es letztlich wirklich das Wort Got-

tes ist, das im Namen Jesus solche Wirkungen auslöst. Es ist ja auch nicht zu übersehen, wie sich nicht nur die Massenpublizistik, sondern auch das Schaugeschäft und die Modeproduktion jener Bewegung annahm und wie rasch sie dadurch eventuell ihrer inneren Redlichkeit beraubt werden könnte. Insofern mag es berechtigt sein, wenn die Kirche nicht spontan in den öffentlichen Jubel über diese Erwekungsbewegung einfällt – wobei auf der anderen Seite auch nicht anzunehmen ist, daß sich die Jesus People ohne weiteres von den traditionellen Kirchen vereinnahmen lassen möchten.

## Wir stellen zur Diskussion:

# Konservatismus - Wandel, Wesen, Widerstand

H. Dieter Burkert

### Suche nach dem Glauben

Auf jeden Fall dürfte die Bewegung der Jesus People als ein Signal verstanden werden, das auch über die aktuellen Beobachtungen hinaus von Bedeutung ist. So deutet es an, daß es offensichtlich gerade auch in der jungen Generation Tendenzen gibt, die sich nicht mehr mit dem Zwang des Konformismus, mit der Diktatur des Libertinismus und den Herrschaftsanspruch des materiellen Wohlstandsdenkens abfinden wollen. Sie distanzieren sich zugleich von den nur intellektuellen Spielereien um Ideologien und Religionen ebenso wie von der anonymen Sachlichkeit unserer modernen Apparaturen. Sie suchen mit Leidenschaft wieder eine tragende Mitte ihres Lebens, sie verlangen nach einem Ziel, dem sie sich hingeben, und nach einem Glauben, für den sie sich engagieren können. Daß sie diese Kraft und dieses Ziel in dem Namen „Jesus“ fanden, weist immerhin darauf hin, daß dieser von vielen längst schon totgesagte und totgeglaubte Name wieder erweckt werden konnte – und zwar gerade dort, wo er schon völlig vergessen schien. Wie immer auch die aktuelle Bewegung der Jesus People weiterverläuft – sie hat immerhin zu erkennen gegeben, wie rasch skeptische Analysen und düstere Zukunftsprognosen überholt werden können, und wie unerwarteterweise gerade die junge Generation neue Signale zu setzen vermag.

Die Begriffe „konservativ – Konservatismus“ wecken oft Assoziationen, die an vergangene Zeiten erinnern. Im nachfolgenden Artikel untersucht Studiendirektor H. Dieter Burkert diese Ausdrücke einer genauen Analyse.

Wer sich heutzutage dem Thema „Konservatismus“ zuwendet, läuft Gefahr, entweder ganz übersehen oder, bestenfalls zwar gesehen, aber nicht ernst genommen zu werden.

Und dennoch: Wer sich in der Geschichte umschaut, einer Geschichte, die dreidimensional zu verstehen ist, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umgreift<sup>1</sup>; wer sich des weiteren in der Politik unserer Tage umtut<sup>2</sup>; wer sich schließlich in der einschlägigen Fachpublizistik konzentriert orientiert<sup>3</sup> – wer dies unternimmt, sieht immerhin eines stets deutlicher: „Progressismus“ allein oder gar für alle Zukunft<sup>4</sup>, das wäre weit weniger, als dieser selbst verspricht. Ausschließlicher Progressismus wäre das Ende allen Fortschritts.

### Grenzen des Progressismus

Warum?

1. Der Progressismus deutet bereits die Geschichte<sup>5</sup> gesellschafts- und sozialtheoretisch um,

d. h. er verkürzt sie auf Prozesse gruppendynamischer Art, vernachlässigt bewußt individuelle Leistungen einerseits und staatliche Notwendigkeiten andererseits (um nur zwei Reduktionen anzudeuten).

2. Der Progressismus neigt dazu, „Fortschritt“ mit „Aktivismus“ zu verwechseln oder auch mit bloßer „Modernität“. Das wird – indirekt – gerade durch diejenigen bestätigt, welche sich dieser Gefahren an sich (d. h. theoretisch) durchaus bewußt sind<sup>6</sup>; denn auch die Unterscheidung zwischen „wirtschaftlich-technischem“ und „gesellschaftlichem“ Fortschritt schließt noch nicht aus, daß es z. B. gesellschaftlichen Fortschritt in verkehrter, zumindest ungünstiger Richtung gibt . . .

3. Der Progressismus übersieht die Erfordernisse der Gegenwart und des hier und jetzt lebenden Menschen zugunsten einer keineswegs in allen Punkten plan- oder gar verbesserbaren Zukunft. So wird „Fortschritt“ meist auf Kosten des einzelnen, ja ganzer Gruppen erzwungen – aus durchsichtigen ideologischen, keineswegs aus oft vorgeschützten „humanen“ Gründen.

### Wandel des Konservatismus

Konservatismus ist nicht gleich Konservatismus. Seit seiner (neuzeitlichen) (Wieder-) Erstehung, hauptsächlich als Antwort auf die Französische Revolution von 1789<sup>7</sup>, haben sich „soziale Träger“, „poli-

tische Formen“<sup>8</sup> und auch, sogar vor allem, politische Eigenvorstellungen mehrfach gewandelt. Legen wir nur einmal die letztgenannten zugrunde, so läßt sich das Ausmaß des Wandels bereits recht deutlich erkennen: vom ständischen Prinzip über den bürgerlichen Nationalismus bis hin zum pluralistischen Pragmatismus unserer Tage ist es ein weiter, aber notwendiger Weg gewesen.

---

### **Wesen des Konservatismus**

---

Man kann, freilich nur grob typisierend, essentielle und periphere Eigenschaften des Konservatismus — unbeschadet seiner (ebenfalls) grundsätzlichen Wandelbarkeit — unterscheiden.

Essentiell dem Konservatismus zugehörig dürften sein:

1. Das Bewußtsein, daß es Unwandelbares gibt, geben muß, um menschliches Leben und menschliche Würde zu ermöglichen (Formalwesen);

2. das Bewußtsein, daß es ohne Erinnerung keine Erkenntnis, auch keine Erkenntnis über den weiteren Weg des Menschen, gibt und geben kann (Memorialwesen)<sup>9</sup>;

3. das Bewußtsein, daß alle innerweltlichen — menschlichen, gesellschaftlichen usw. — Bemühungen unvollkommen bleiben und deshalb mit einem gesunden Mißtrauen beobachtet werden müssen. Das *Respecte finem* (Bedenke das Ende, jedes Ende)<sup>10</sup> — auch und gerade dasjenige des Dauerfortschritts! — gehört dem Konservatismus aufs engste zu (Transzendentalwesen)<sup>11</sup>.

Peripher dem Konservatismus zuzurechnen dürften sein:

1. Seine große Wandelbarkeit. Nicht zuletzt deshalb war und ist er in Geschichte und Gegenwart, nicht nur Europas, so erfolgreich;

2. seine ganz und gar nüchterne Einschätzung von Mensch und Welt (nichts von ihnen erwarten — alles für sie tun). Nicht zuletzt deshalb übt der Konservatismus immer wieder neu Anziehungskraft aus. Man ist bei ihm sozusagen „gut aufgehoben“;

3. seine ausgeprägte Fähigkeit zur Anverwandlung unterschiedlichster Strömungen — mit Ausnahme der sogenannten radikalen Links- und Rechtsgruppierungen.

---

### **Aufgaben und Notwendigkeiten des Konservatismus**

---

Insofern wiederum lassen sich gerade vom heutigen Konservatismus bestimmte Aufgaben besser lösen als von jeder anderen historisch-politisch gewordenen Gruppierung. In der Fachliteratur<sup>12</sup> wird in diesem Zusammenhang von der „Relevanz des Konservatismus heute“ gesprochen. Von dorthier ergeben sich dann auch „Tendenzen oder wenigstens Symptome“, die ihn (wieder) zum „Bedürfnis“ werden lassen. Abgekürzt kann man diese „Tendenzen“ wie folgt wiedergeben:

1. Je komplizierter — und damit störanfälliger — unsere „Industriegesellschaft“ wird, desto notwendiger wird ihre Sicherung, sofern man nicht überhaupt auf sie verzichten, d. h. in die (zivilisatorische) Barbarei oder in eine utopistische Zukunft mit steinzeitlichen, aber „herrschaftsfreien“ Verhältnissen zurück- bzw. „voraus“fallen will.

2. Je mehr Menschen Nahrung, Kleidung und Wohnung brauchen, desto notwendiger wird die Sicherung der natürlichen Umwelt — weitere Umweltgefährdung, ja -zerstörung ist kein „Fortschritt“, sondern übelste Reaktion.

3. Je mehr „Formen von Entmündigung und Dehumanisierung“ — und zwar im Unterschied zu früher nicht mehr so sehr von seiten des Staates — aufzutreten beginnen, desto notwendiger wird die Absicherung einstmaliger errungener Freiheiten: Der Konservative ist heute der Erbe und Garant der großen Revolutionen, die diese Freiheiten (persönlicher und öffentlicher Art) heraufgeführt haben.

4. Je mehr die Gefahr des universalen Doktrinalismus aller Schattierungen wächst, desto notwendiger wird das Eintreten für überschaubare Strukturen: Nur in ihnen bleibt der Mensch Mensch; in jenen wird er zum Kollektivwesen reduziert.

Damit dürfte bereits — wenigstens umrißhaft — deutlich geworden sein, daß „Konservatismus heute“ Verpflichtung zum „Widerstand“ einschließt, zum Widerstand<sup>13</sup> gegen alle Kräfte, die es offenbar unmöglich machen, daß „auch noch (der) geringste Zeitgenosse die Möglichkeit (erhält), am Reichtum eines nicht mit dem Tag vergehenden Erbes teilzuhaben“<sup>14</sup>.

Das hat weder etwas mit „sozialer Angst“<sup>15</sup> noch gar etwas mit der vielfach unterstellten Unfähigkeit zur Zukunftsentwicklung zu tun — wohl aber damit, dem Menschen, jedem Menschen, gerade über den Tag hinaus, ein menschenwürdiges — nicht bloß ein „fortschrittliches“ — Dasein zu garantieren.

---

### **Die Kraft der Zukunft**

---

Dafür lohnt es sich, nicht nur im neuen Jahr (1972), sondern in aller Zukunft, einzutreten, öffentlich und überall. Der Konservatismus ist nicht irgendeine Kraft, erst recht keine von gestern, sondern die Kraft, der die Zukunft in jedem Falle gehört. Dies wird dem Progressivismus und erst recht dem Sozialismus aller Spielarten ganz und gar nicht passen. Doch darauf kommt es nicht an.

Die Entwicklung der Menschheit entscheidet sich für den, der sich für sie entscheidet.

---

### **Anmerkungen**

1 nach: Wilhelm Ribhegge, „Konservatismus. Versuch einer kritisch-historischen Theorie“, in: beilage zur wochenzeitung das parlament, 25. Juli 1970, S. 17.

2 vgl.: Willy Brandt, Haushaltsrede Februar 1971, nach: Richard von Weizsäcker, „Progressive und Konservative“, in: Süddeutsche Zeitung, 20. Februar 1971, S. 8.

- 3 Ribhegge, a. a. O., S. 16 ff.; sodann: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, „Der schwierige Konservatismus“, in: beilage (s. o.), 4. Dezember 1971, S. 19 ff.
- 4 Ribhegge, a. a. O., S. 21 ff.
- 5 „Geschichte“ wird hier verstanden als „das Bewußtsein und Bewußtwerden der Menschheit über sich selbst“; vgl.: J. G. Droysen, „Grundriß der Historik“, Halle (Saale), 3. Auflage 1925, § 83.
- 6 Ribhegge, a. a. O., S. 18.
- 7 vgl.: Edmund Burke, Betrachtungen über die Französische Revolution (ursprünglich Englisch, 1790). In der deutschen Übertragung von Friedrich Gentz. Bearbeitet und mit einem Nachwort von Lore Iser, Frankfurt (Main), 1967.
- 8 Ribhegge, a. a. O., S. 25.
- 9 nach: Kaltenbrunner, a. a. O., S. 37; dort wörtlich: „Im Anblick der vergegenwärtigenden Kraft der ingens aula memoria wird die Welt erfahren.“
- 10 vollständig: quidquid agis, prudenter agas et respice finem; lateinisch nach Jesus Sirach 7,40.
- 11 Kaltenbrunner, a. a. O., S. 37; dort wörtlich: „Der Konservative verneint nicht den Fortschritt, aber fragt, bis zu welchem Ende fortzuschreiten sei, welche Kosten daraus entstehen, welche Dinge dabei verlorengehen.“
- 12 ders., a. a. O., S. 35 ff.
- 13 ders., a. a. O., S. 37; dort wörtlich: „Als Treuhänder der memoria ist der Konservatismus in einer Welt des Verschleißes, die Gedächtnis, Überlieferung, Dauer, ja schon bloße Haltbarkeit aus Gründen ökonomischer Effektivität sukzessive liquidiert, notgedrungen eben nicht, was ihm die Gebildeten unter seinen Verächtern unterstellen, affirmativ und status-quo-seilig, sondern: Widerstand.“
- 14 letztlich nach: Gabriel Marcel, „Über den Begriff des geistigen Erbes“, in: Das große Erbe, Münster 1952.
- 15 endgültig: Ribhegge, a. a. O., S. 31.

# Bischof Kunst zum 65. Geburtstag

Gerhard Stoltenberg

Nur wenige Persönlichkeiten gibt es in der Bundesrepublik, die sich einer über alle parteipolitischen Grenzen hinweg so großen Wertschätzung erfreuen wie der Bevollmächtigte des Rates der EKD in Bonn, Bischof D. Hermann Kunst. Es gibt keinen in der Bundesrepublik tätigen Parlamentarier, der nicht in irgendeiner Weise von dem positiven Wirken dieses Mannes berührt wurde, der am 21. Januar seinen 65. Geburtstag beging.

Es ist mehr als Höflichkeit, die uns veranlaßt, in Freude gemeinsam mit Hermann Kunst dieses Tages zu gedenken und ihm unsere herzlichen Glückwünsche zu übermitteln. In wievielen Situationen haben wir diesen Mann, dessen Denken und Handeln nicht nur von seiner westfälischen Art bestimmt wird, kennengelernt. Für ihn bedeutet Westfalen mehr als nur ein Land, in dem Industrie- und Agrarstrukturen in ihrem ganzen Spannungsbereich aufeinandertreffen. Geprägt durch diese Landschaft, in der er aufwuchs, geprägt durch eine religiöse Umwelt, deren Bezugsgrößen der Geist der Minden-Ravensberger Erweckungsbewegung waren, war Hermann Kunst seiner lutherischen Kirche immer eng verbunden. Die geheime Liebe zu dem Reformator zeigt sich nicht zuletzt auch in dem von ihm herausgegebenen Buch „Luther und die Kirche“, das eine sorgfältige Textauswahl darstellt. Vielleicht wurde der in dem damaligen Marburger Studenten der Theologie beheimatete lutherische Glaube durch seine Lehrer Bultmann und Heidegger geprägt. Und diese liberale Komponente, gepaart mit einem starken Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Gesellschaft, hat Kunst nie mehr verlassen. Über seine enge Bekanntschaft mit Theodor Heuss lernte er die Sorgen kennen, die

mit der Wahrnehmung des höchsten Staatsamtes verknüpft sind. Auch zu den beiden Nachfolgern von Theodor Heuss fand Bischof Kunst ein ebenso herzliches wie auch ehrliches Verhältnis. Immer wieder war Kunst durchdrungen von der Idee, dem Glauben mehr als verbale Gestalt zu geben. Für ihn muß und soll der Glaube in sichtbaren Ausdrucksformen erkennbar sein. Im Widerstand der Bekennenden Kirche, im Aufbau der Flüchtlingsstadt Espelkamp trat diese personale Verantwortung immer wieder lebendig zutage. Sein soziales Wirken setzte er über Espelkamp hinaus fort als Vorsitzender des Kuratoriums der Sozialakademie Friedewald.

In Bonn steht er als Seelsorger den Menschen bei, die politische Verantwortung tragen – gleichzeitig haben wir ihn als Botschafter für die Evangelische Kirche Deutschlands kennen- und schätzen-gelernt. Ihn reizt nicht das parteipolitische Engagement – für ihn kommt es auf das Wirken im geistigen Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche an. Hierzu hat Hermann Kunst auch im publizistischen Bereich mit der Herausgabe des Evangelischen Staatslexikons einen wichtigen Beitrag geleistet.

## Pforzheim '72

Die Leser der Evangelischen Verantwortung sind herzlich zur 17. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die in der Zeit vom 10. bis 12. März 1972 in Pforzheim unter dem Leitthema „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“ stattfindet, eingeladen. Wir bitten um umgehende Anmeldung. Einladung und Programm erhalten Sie in diesen Tagen separat zugeschickt.

# Um die geistige Freiheit in der Bundesrepublik

Waldemar Wünsche

In Dankbarkeit gedenken wir auch seines Wirkens als Militärbischof — eine Aufgabe, deren Schwierigkeit er mit der ihm eigenen Eleganz zu lösen verstand. Sein Leitspruch „Das Pathos der neuen Armee kann nur der Friede sein“ ist für ihn und uns lebendige Verpflichtung. Seine vielfältige Mitarbeit an verschiedenen Projekten der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg sowie das Engagement für die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe zeigen, daß er sich nie dem Ruf zur Mitarbeit verschlossen hat.

Das Hermann Kunst eigene Denken — nämlich über die Grenzen der Konfessionen hinweg den ökumenischen Brückenschlag zu erproben, führte ihm viele neue Freunde zu. Sein Haus — das stellvertretend für die Präsenz des Protestantismus in Bonn steht, ist geistiges Forum in einer Zeit, in der auch viele Werte der Kirche in Frage gestellt werden. Hermann Kunst hat bewiesen, daß er — auch abseits der parteipolitischen Gegensätze — Menschen unter seinen Zielvorstellungen vereint. Seine Mitarbeit an den entscheidenden Vorlagen für das Ehegesetz sowie für die Strafrechtsreformen legen hiervon positives Zeugnis ab.

Wir alle hoffen und wünschen, daß Hermann Kunst noch viele Jahre segensreichen Wirkens in Bonn zubringen kann.



---

Vom 10. bis 11. Dezember 1971 führte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in Oldenburg eine Nord-West-Tagung unter dem Leitthema „Freiheit in Sicherheit“ durch. Einer der Teilnehmer, Dr. Waldemar Wünsche, schrieb für einen Freundeskreis folgenden Bericht als Zusammenfassung von Aussagen, die ihm auf der Tagung für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung unserer Tage persönlich besonders wichtig schienen.

---

Unter dem Leitwort „Freiheit in Sicherheit“ erörterte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU auf seiner Nord-West-Tagung in Oldenburg nicht nur die eng verbundenen Bereiche der inneren und äußeren Sicherheit, sondern auch die Fragen nach der geistigen Freiheit in der Bundesrepublik und ihrer Bedeutung für den einzelnen und die Gemeinschaft. Dr. Gerhard Schröder stellte in seinem einleitenden Referat fest, das für die Tagung gewählte Leitwort — „Freiheit in Sicherheit“ — sei „das Thema der Stunde“ und „die knappste Formulierung, auf die sich unser politisches Wollen bringen läßt“. Zu diesem Themenbereich gab es in Oldenburg Referate und Diskussionsbeiträge von hohem Niveau. Was zu den außenpolitischen Problemen und ihrer Auswirkung auf die innere Sicherheit gesagt wurde, stimmt — wenn auch besonders brillant formuliert — im wesentlichen mit dem überein, was in letzter Zeit auch bei anderer Gelegenheit von führenden Persönlichkeiten der CDU/CSU ausgeführt wurde und allgemein bekannt ist. Hier sollen daher nur Aussagen der Tagung in bezug auf die gesellschaftspolitischen Probleme und die geistige Freiheit in unserem Lande zusammengefaßt werden.

Immer wieder klang in Reden und Diskussionsbeiträgen der Wille auf, für die Freiheit zu kämpfen und die Kräfte, die unsere Freiheit im Innern bedrohen, im Geiste einer „kämpferischen Demokratie“ zu überwinden, die im Grundgesetz

gebotenen Möglichkeiten auszuschöpfen und zu verhindern, daß unsere Freiheit dazu mißbraucht wird, die Freiheit zu zerstören. Der im Grundgesetz umschriebene Raum der Freiheit, so wurde gesagt, müsse „erkämpft, verteidigt, abgesichert“ werden (Dilschneider).

Freiheit und Sicherheit, so wurde festgestellt, seien untrennbar. Freiheit könne nur in Sicherheit von Dauer sein. Allerdings müsse man sehen, daß der Wille zur Sicherheit Freiheit ersticken könne. Es müsse also „ein ausgewogenes Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit bestehen“ (Schröder).

Sicherheit, so formulierte v. Weizsäcker, sei auch abhängig vom Inhalt der „Freiheit“. Freiheit sei keine Gabe, sondern auch eine täglich neu zu stellende Aufgabe. Es bestehe heute die Gefahr, daß die Menschen sich nur für den Schutz der Freiheit, nicht aber für ihren Inhalt interessierten, für das „wofür“ und „wohin“ der Freiheit. Die junge Generation — so v. Hassel — scheine vergessen zu haben, daß Freiheit zerstört würde, wenn der einzelne nur an seine eigene Freiheit denke.

---

## Dr. v. Weizsäcker: Grundwerte verteidigen

---

In diesem Zusammenhang wurde immer wieder das Thema „Grundwerte“ angesprochen. Unsere pluralistische Gesellschaft, so v. Weizsäcker, sei nicht mehr bereit, Grundwerte zu entwickeln und zu verteidigen. Werte und Zielvorstellungen würden „privatisiert“. Hinter Privatinteressen dürfe aber das Gesamtinteresse nicht verlorengehen. Es gebe kein Gemeinwesen ohne sittliche Werte. Es sei — so Roser — unsere Aufgabe, dafür zu arbeiten, daß die Gesellschaft sich auf bestimmte, unbestrittene Grund-

werte einige, sonst zerstöre sie sich selber. Wenn wir es nicht schafften, gemeinsame sittliche Werte zu entwickeln, dann würden andere Kräfte neue Werte setzen, die den Tod der Freiheit nach sich ziehen würden (v. Weizsäcker).

Hier wurde auch die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft betont, d. h. die Anerkennung der sozialen Verpflichtung des Staatsbürgers. („Mein sagen, um frei zu sein, dein sagen, um frei zu bleiben“ — v. Bismarck.) Auch die Bedeutung der Wehrbereitschaft wurde ausgiebig erörtert. Hasselmann kündigte an, daß ein wehrpolitischer Kongreß der CDU/CSU geplant sei.

Immer wieder wurde dabei die Bedeutung und die Funktion des Staates angesprochen. Der Staat werde zu einer Maschine zur Befriedigung privater Interessen degradiert. Er sei aber mehr als eine Summe von Gruppeninteressen. Er sei in Gefahr, seine Funktionsfähigkeit zu verlieren, weil ihm die Autorität abgesprochen werde. Er habe u. a. die Aufgabe, Prioritäten zu setzen, verbindende Normen zu schaffen, die Schwachen zu stützen, insgesamt das Gemeinwohl zu fördern. Wir dürften keine Angst vor Autorität haben, bei der es sich allerdings um verantwortliche Autorität handeln müsse.

Die Bedrohung unserer Freiheit durch radikale Kräfte wurde auf der Tagung klar herausgestellt, aber niemals dramatisiert. Allerdings wurde nicht übersehen, daß „unter der großen Schutzglocke der ostpolitischen Aktivität der Bundesregierung schwere innerpolitische Gefahren entstehen könnten“. Niemand forderte, der Bedrohung durch die Radikalen mit Hilfe von Verboten zu begegnen. Man müsse mit der radikalen Linken „in offener Feldschlacht fertig werden“, auch wenn wir es mit vom Osten gesteuerten Kadern zu tun hätten (Gündisch). Allerdings wurde mit großem Nachdruck die Hamburger Entscheidung begrüßt, Angehörigen von radikalen Organisationen, die unsere freiheitliche Ordnung bekämpften, nicht die Möglichkeit zu geben, als Beamte ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu verfolgen. Dabei wurde besonders auf die Gefahren hingewiesen, die durch linksradikale Lehrer verursacht werden könnten; woher, so wurde gefragt, nehme der Staat das Recht, ihnen Hoheitsrechte zu geben und unsere Kinder ihren Manipulationen auszuliefern.

Langguth, RCDS, Bonn; Hans Roser, MdB, Vorsitzender des Evang. Arbeitskreises der CSU; Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bonn; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, Kiel; Hans-Jochen Spanhake, Oldenburg; Gerhard Wachsmann, IHK-Präsident Oldenburg; Dr. Richard v. Weizsäcker, MdB, Bonn; Prof. Dr. Otto Dilschneider, Berlin; Dr. Jürgen Gündisch, Hamburg.)

---

### Intensivierung der politischen Bildungsarbeit

---

Von besonderer Bedeutung könnte eine auf der Tagung mehrfach erhobene Forderung werden, wenn sie realisiert würde. Dr. Schröder griff sie in seiner Schlußansprache nachdrücklich auf: Unsere Forderungen mit dem Ziel der Förderung von Freiheit und Sicherheit müßten „griffiger“, agitationskräftiger als bisher formuliert werden. In diesem Sinne wurde auf der Tagung auch eine Intensivierung der politischen Bildungsarbeit verlangt und die „mangelhafte theoretische Arbeit“ in der CDU/CSU kritisiert. Langguth hatte formuliert: „Wir brauchen eine glaubwürdige Darstellung unserer gesellschaftlichen Ordnung, besonders auch im Hinblick auf die wirksame, geschickte Selbstdarstellung des kommunistischen Systems.“

(Es wurden zitiert: Dr. Philipp v. Bismarck, MdB, Hannover; Bundestagspräsident Kai Uwe v. Hassel, MdB; Gerd

---

### Dr. Schröder: Ja zur Leistung

---

Einigkeit bestand auf der Tagung auch in der Ablehnung der Tendenz, den Begriff Leistung verächtlich zu machen. Leistung sei Voraussetzung für Freiheit und Sicherheit (Schröder). Zwar dürfe die Gefahr des Leistungsdrucks nicht übersehen werden; das Leistungsprinzip müsse human gestaltet werden. Wer aber die Leistung bekämpfe, begehe etwas Unmenschliches. Der Weg des Null-Tarifs sei kein Weg in die Zukunft (v. Weizsäcker).

Scharf wandten sich Wachsmann und Spanhake gegen die „Gleichheitsideologie“, daß das Streben nach absoluter Gleichheit nur auf Kosten der Freiheit zu verwirklichen sei.

# Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

## Probleme ausländischer Arbeitnehmer

Vor einiger Zeit haben Sie mit einer Diskussion über die Probleme der Gastarbeiter in unserem Lande begonnen und zuletzt einen Beitrag veröffentlicht, der die Arbeit und die Probleme darstellen sollte, die sich für die evangelischen Landeskirchen aus der Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ergeben. Vielleicht ist daher im Anschluß daran für die Leser der „Evangelischen Verantwortung“ von Interesse, zu erfahren, wie sich die Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg auf ihrer letzten Synode vom 19. bis 24. November 1971 mit diesen Problemen auseinandergesetzt hat.

Den Beratungen der Synode lag ein Bericht des Ausschusses der Kirchenleitung für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer zugrunde, in dem eingehend neben den wirtschaftlichen und soziologischen Aspekten die testamentarischen Grundlagen für eine ethische und sittliche Beurteilung des Zusammenlebens dargestellt wurden.

Bei der Diskussion dieses Berichtes wurde der Synode erneut deutlich und erkennbar, daß den Gemeindegliedern in den Kirchengemeinden und in den kirchlichen Werken und Verbänden derartige Aspekte und Grundlagen stärker in das Bewußtsein gerückt werden müßte. Die Synode beschloß daher, folgenden Aufruf an die Gemeinden zu erlassen:

„Es gibt über zwei Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. In Westberlin sind es über 75 000. Mit Familienangehörigen leben mehr als 130 000 Ausländer in Westberlin.

Krasse Beispiele von Benachteiligung sind bekannt, sowohl am Arbeitsplatz als auch in den allge-

meinen Wohn- und Lebensbedingungen.

Die Spannungen und Konflikte zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Ausländern sind teilweise recht groß. Mißverständnisse und negative Erfahrungen auf beiden Seiten belasten das Zusammenleben. Diese Schwierigkeiten können sich verschieden äußern, je nachdem, ob wir uns in einer Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur oder der Rezession befinden.

Wir sehen es als eine Aufgabe der Kirche an, die Benachteiligungen und Mißverständnisse abzubauen zu helfen, die Erfahrungen beider Seiten zu durchdenken, und zwar unabhängig davon, wie lange die Ausländer mit uns leben.

Wir schlagen daher den Gemeinden vor, am Wochenende 29./30. Januar 1972 sich diesen Fragen zu stellen. Das kann z. B. geschehen

1. im Gottesdienst,
2. durch Gespräche mit Ausländern,
3. durch gegenseitige Information über die Problematik und über die unterschiedliche Mentalität sowie über Sitten und Gebräuche.

Als längerfristige Aufgaben in den betroffenen Gemeinden kommen in Betracht:

Kinderarbeit, Jugendarbeit, Elternarbeit, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Aktivierung von Nachbarschaftshilfe u. ä.

(Informationshilfe gibt der Kirchenleitungsausschuß für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer, 1 Berlin 12, Jebensstraße 3.)

Bei diesen Bemühungen dürfen wir uns nicht damit zufriedengeben, einzelne Symptome zu heilen, sondern müßten das Verantwortungsbewußtsein für die soziale und wirtschaftliche Gesamtentwicklung schärfen: denn die Beschränkung auf barmherziges Tun kann „zum Deckmantel der Ungerechtigkeit und zu einem Ersatz für Gerechtigkeit werden.“

Die Synode beschloß daneben aber auch eine ganze Reihe praktischer Maßnahmen, die das Zusammenleben zwischen ausländischen Arbeitnehmern und heimischer Bevölkerung erleichtern könnten. Dazu gehört insbesondere, daß die Gemeinden, in denen

ein besonders hoher Bevölkerungsanteil von Ausländern besteht, Sozialarbeiter oder andere geeignete Personen für eine praxisbezogene Arbeit mit Ausländern beschäftigen sollten. Ferner beauftragte die Synode das Amt für Industrie- und Sozialarbeit, sich in gleichem Maße für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre gesellschaftliche Situation einzusetzen wie für deutsche Arbeitnehmer. Schließlich sollen die Einrichtungen der Kirche und der Diakonie, die Ausländer beschäftigen, praxisbezogene Deutschkurse für die ausländischen Mitarbeiter während der Arbeitszeit einrichten. Ganz allgemein sollte den Ausländern mit Hilfe der Wohlfahrtsverbände durch ein entsprechendes Merkblatt ihr „langer Gang durch die behördlichen Institutionen“ erleichtert werden.

Dr. Gerhard Pfennig,  
Polizeivizepräsident,  
1 Berlin 38, Palmzeile 25

Weitere uns vorliegende Leserbriefe erscheinen aus Platzmangel in der nächsten Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“.

# Resolutionen aus den Arbeitskreisen der Nord-West- Tagung des EAK in Oldenburg

Die zwei Arbeitskreise, die im Rahmen der Nord-West-Tagung in Oldenburg durchgeführt wurden, faßten je eine EntschlieÙung, die von der „Evangelischen Verantwortung“ nachfolgend auch jenen Lesern zur Kenntnis gebracht wird, welche in Oldenburg nicht anwesend sein konnten.

## Thesen des Arbeitskreises I

### Freiheit in Sicherheit – Grundlage unserer Außenpolitik

1. Unsere Außenpolitik muß weiterhin aufbauen auf dem Bündnis mit den USA und der Fortdauer ihrer Präsenz in Europa. Das Atlantische Bündnis ist Grundlage für unsere Freiheit in Sicherheit.

2. Die Politik des Europäischen Zusammenschlusses ist fortzusetzen. Die erweiterte EWG muß eine politische Gemeinschaft werden. Den Tendenzen, die diese Auffassung aushöhlen wollen, ist mit Nachdruck entgegenzuwirken.

3. Der Europäische Zusammenschluß und das Bündnis mit den USA sind auch die Grundlage unserer nationalen Politik. Ziel dieser nationalen Politik bleibt das Selbstbestimmungsrecht, auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

4. Die sowjetischen Initiativen für eine Sicherheitskonferenz sind in der vorliegenden Form abzulehnen. Dies gilt für die „Souveränität“ der Einzelstaaten als sowjetische Forderung, weil diese der europäischen Integration entgegensteht. Dies gilt auch im Hinblick auf die beabsichtigte Aushöhlung des westlichen Bündnisses durch Institutionen, die aus der Konferenz hervorgehen sollen.

Eine gemeinsame Atlantische Politik zur Vorbereitung der Konferenz hat dies zu beachten.

5. Ein sowjetisches „Sicherheitsbedürfnis“, das freiheitliche Einflüsse geistiger Art von seinem Machtbereich fernhalten will, kann von der deutschen Politik nicht im Sinne eines dritten Weges zwischen West und Ost honoriert werden. Der aggressiv-ideologische Charakter der sowjetischen Außenpolitik ist mehr zu beachten.

Die deutsche Außenpolitik darf sich durch ihre Beziehungen zur Sowjetunion nicht davon abhalten lassen, ein gutes Verhältnis zu allen Staaten anzustreben.

6. Der Moskauer Rahmenvertrag und die mit ihm im Zusammenhang stehenden Verträge sind abzulehnen, weil sie im Widerspruch zu den deutschen Interessen und den Interessen des westlichen Bündnisses stehen.

Sie können aber auch schon wegen der bestehenden unterschiedlichen Interpretationen, die beide Seiten zu wichtigen Fragen der Vertragstexte haben, nicht angenommen werden.

Es besteht der Wunsch nach einer umfassenden Dokumentation der Gründe für dieses Nein der Opposition zu den Vertragstexten in der vorliegenden Fassung.

7. Konkrete Schritte zum Frieden müssen die Probleme der Dritten Welt stärker einschließen.

Friedensstiftung als Aufgabe des Christen soll auch zum Abbau des Gleichgewichts der Abschreckung führen.

Friedensstiftung in diesem Sinne kann aber vor der Geschichte nur Bestand haben, wenn überstürzte Maßnahmen vermieden werden, wenn Leistung und Gegenleistung im rechten Verhältnis stehen, wenn neben dem Standort der anderen Seite auch der eigene Standort noch genügend berücksichtigt wird.

Die Leitung dieses Arbeitskreises hatte Erik Blumenfeld, MdB, Hamburg.

Teilnehmer waren:

Dr. Georg Kliesing, MdB,  
Bad Honnef

Dr. Kurt Naumann, Studienleiter,  
Ev. Akademie Bad Boll  
Dr. Gerhard Ritter, Privatdozent,  
Würzburg  
Dr. Erika Wolf, MdB, Düsseldorf  
Dr. Carl-Gustav Ströhm, Köln

Die Berichterstattung lag in den Händen von Dr. Heinrich Niewerth, MdL, Oldenburg.

## Thesen des Arbeitskreises II

### Freiheit in Sicherheit – Leitmotiv einer zielgerechten Wirtschafts- und Agrarpolitik

Der Arbeitskreis II war sich darüber einig, daß die soziale Marktwirtschaft zu den wesentlichen Fundamenten einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehört. Diese Wirtschaftsform ist nicht statisch, sondern dynamisch.

Der Arbeitskreis stellte fest, daß in unserer Zeit die Freiheit im wirtschaftlichen Bereich vor allem durch folgende Kräfte bedroht ist:

1. durch die Neomarxisten. Sie betreiben die Beseitigung dieses marktwirtschaftlichen Systems mit allen legalen und sogar illegalen Mitteln.

2. Durch die Gleichheitsideologie. Das Streben nach absoluter Gleichheit ist nur auf Kosten der Freiheit zu verwirklichen.

Diese Gleichheit ist sozialisierende Gleichmacherei.

3. Durch die immer mehr wachsende Machtfülle des Staates, die die Bundesregierung im Sinne eines für die Wirtschaft lebensgefährlichen Dirigismus ausnutzt, das zieht häufig zerstörerische Eingriffe in das Ordnungsgefüge der Marktwirtschaft nach sich.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen die Fragen der Landwirtschaft ein. Von den Gesprächsteilnehmern wurde deutlich herausgestellt, daß die Bundesregierung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Agrarpolitik versagt hat, was u. a. auch für die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft im vergangenen Jahr Ursache war.

Das hat bewirkt, daß die Abwanderungsrate der Landwirtschaft unter wirtschaftlichem Druck we-

# Verzeichnis der Evangelischen Akademien

sentlich erhöht wurde. So hat die Wirtschafts- und Agrarpolitik der Bundesregierung dazu geführt, daß gerade die Vollerwerbsbetriebe, die heute schon den Mansholtschen Idealvorstellungen entsprechen, in eine äußerst schwierige Situation geraten sind.

Die Preiskostensituation für die Landwirtschaft und die Wirtschaft hat sich aufgrund hoher Inflationsraten und der beklagenswerten Wechselkursänderungen beträchtlich verschlechtert. Hierdurch sind innerhalb der Landwirtschaft in der EWG erhebliche Wettbewerbsverzerrungen eingetreten. Diese gilt es schnellstens zu beseitigen.

Angesichts der Ratlosigkeit der Regierung, wie die freigegebenen Wechselkurse wieder ohne eine exportgefährdende Aufwertungsquote angebunden werden können, wurde ein fester Wechselkurs mit größerer Bandbreite empfohlen.

Die Teilnehmer vertraten einhellig die Auffassung, daß eine Wirtschaftspolitik die Wechselkursveränderungen als normales Instrument der Konjunkturpolitik ansieht, eine Desintegration des Europäischen Agrarmarktes, d. h. die Einführung von stetigen Grenzausgleichsabgaben zur Folge hat.

(Die Resolution kann aus Platzmangel leider nur zum Teil gedruckt werden.)

Die Leitung dieses Arbeitskreises hatte Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB, Bremen.

Teilnehmer waren:

Dr. Ernst Albrecht, MdL, Hannover  
Dr. Eberhard Dall'Asta,  
Universitätsprofessor, Kiel  
Dr. Nebel, Staatssekretär für  
Wirtschaft und Verkehr, Kiel  
Diedrich Schröder, Dipl.-Landwirt,  
MdB, Wilhelminenhof  
Hans-Jochen Spanhake,  
Oldenburg/Oldb.  
Gerhard Wachsmann,  
Oldenburg/Oldb.

Die Berichterstattung übernahm  
Gerhard Glup, MdL, Oldenburg.

---

Von verschiedenen Seiten wurde der „Evangelischen Verantwortung“ gegenüber angeregt, nochmals ein Verzeichnis der Evangelischen Akademien in der Bundesrepublik einschließlich Berlin zu veröffentlichen. Wir kommen diesem Wunsch gern nach und bringen nachstehend die Anschriftenliste. Die Akademien senden Ihnen ihre jeweiligen Programme auf Anforderung gerne zu.

---

Evangelische Akademie  
Arnoldshain  
6381 Arnoldshain/Taunus  
Telefon (0 60 84) 5 15/5 16

Evangelische Akademie  
Bad Boll  
7325 Bad Boll ü. Göppingen  
Telefon (0 71 64) 3 51

Evangelische Akademie  
Baden  
7500 Karlsruhe  
Blumenstraße 7  
Telefon (07 21) 14 71

Evangelische Akademie  
Berlin  
1000 Berlin 39  
Königstraße 64 b  
Telefon (03 11) 8 05 20 81

Evangelische Sozialakademie  
5241 Friedewald ü. Betzdorf/Sieg  
Telefon (0 27 43) 3 91

Evangelische Akademie  
Hamburg  
2000 Hamburg 36  
Esplanade 15/16  
Telefon (04 11) 34 12 64/65

Evangelische Akademie  
Kurhessen-Waldeck  
3520 Hofgeismar  
Schlößchen Schönburg  
Postfach 12 05  
Telefon (0 56 71) 7 41

Evangelische Akademie  
Rheinland-Westfalen  
5860 Iserlohn  
Baarstraße 59/61  
Telefon (0 23 71) 2 24 79/4 96

Evangelische Akademie  
Loccum  
3055 Loccum ü. Wunstorf  
Telefon (0 57 66) 3 21/3 22/2 17

Evangelische Akademie  
Rheinland-Westfalen  
Haus der Begegnung  
4330 Mülheim/Ruhr  
Uhlenhorstweg 29  
Telefon (0 21 33) 5 12 01

Evangelische Akademie  
Oldenburg  
2902 Rastede-Hankhausen  
Heimvolkshochschule  
Telefon (0 44 02) 35 45 46

Evangelische Akademie  
Pfalz  
6720 Speyer  
Gr. Himmelsgrasse 6  
Telefon (0 62 32) 60 81

Evangelische Akademie  
Schleswig-Holstein  
2360 Bad Segeberg  
Marienstraße 31  
Telefon (0 45 51) 30 97

Evangelische Akademie  
Tutzing  
8132 Tutzing/Starnberger See  
Schloßstraße 2-4  
Telefon (0 81 58) 6 66

Sozialamt der Evangelischen  
Kirche von Westfalen  
5845 Villigst b. Schwerte  
Haus Villigst  
Telefon (0 23 04) 1 72 44

# Politiker- tagung in Iserlohn

Die politische Prominenz vor allem der drei im Landtag von Nordrhein-Westfalen vertretenen Parteien traf sich Anfang Januar in der Evangelischen Akademie Ortlohn traditionsgemäß mit Vertretern von Kirchenleitung, Landeskirchenamt und des Ständigen Ausschusses der Landessynode für politische Verantwortung.

Selten in den letzten Jahren war die Beteiligung an der traditionellen Begegnungstagung zwischen Politikern und Vertretern der westfälischen Kirchenleitung sowie des Ständigen Ausschusses der Landessynode für politische Verantwortung so stark wie diesmal. Mehr als 80 Teilnehmer fanden sich für zwei Tage in der Evangelischen Akademie Iserlohn zusammen, um über das Thema „Demokratie und Gesellschaft – Wirklichkeit und Wunschvorstellung“ miteinander zu sprechen. Die Politiker waren mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Mitgliedern von Parteivorständen vertreten.

Von seiten der CDU nahmen der Oppositionsführer im NRW-Landtag, Heinrich Köppler, sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Richard von Weizsäcker und der Vorsitzende des EAK-Westfalen-Lippe, Albert Pürsten, MdL, an diesem Gespräch teil.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf das Verständnis von Demokratie und deren vorgegebene Grundwerte, die als verpflichtendes politisch-sittliches Wertesystem neu in das Bewußtsein der Gesellschaft zurückgerufen und gegen Bedrohungen zu schützen seien. Bei aller unterschiedlicher Akzentuierung durch die Sprecher der drei großen Parteien und der Kirche ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Erkenntnis, daß – wie Präses D. Hans Thimme (Bielefeld) formulierte – ein Verlust sittlicher Grundwerte den Tod der westlichen freiheitlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik bedeuten würde.

# Aus den Tagungsprogrammen der Evangelischen Akademien

Das ausführliche Programm und weitere Tagungsunterlagen fordern Sie bitte direkt bei den jeweiligen Akademien an:

## **Haus Ortlohn, Iserlohn**

19.–20. Februar 1972

Junge Generation im Prozeß der Emanzipation – Tagung über Erziehungsfragen

25.–27. Februar 1972

Vom Antisemitismus zum Antizionismus

17.–19. März 1972

Behinderte in unserer Gesellschaft

## **Haus der Begegnung, Mülheim (Ruhr)**

19.–20. Februar 1972

25. Kleines Filmforum – Filme von Rainer Werner Fassbinder

26.–27. Februar 1972

Der einzelne und die Gruppe  
Frühjahrstagung der Evangelischen Akademikerschaft, Rheinland,  
Gäste willkommen

4.–5. März 1972

Predigt im Gespräch

## **Tutzing**

11.–19. März 1972

Winterurlaub in Saas Fee

27. März bis 11. April 1972

Sozialpolitische Studienreise in die USA

## **Bad Segeberg**

18.–20. Februar 1972

Umweltschutztagung

21.–24. Februar 1972

Behandeln – nicht strafen  
(für Bedienstete des Strafvollzugs)

6.–10. März 1972

Parlamentarismus und Eigenverantwortung

10.–12. März 1972

Konjunktur und Wahlerfolg

## **Berlin (West)**

14.–17. Februar 1972

Das Bild der DDR in den Schulbüchern der Bundesrepublik

18.–20. Februar 1972

Protestantismus im Epochenjahr 1917 und im Revolutionsjahr 1918

10.–12. März 1972

Zeitgenössische sowjetische Literatur – Informationstagung

## **Evangelische Akademie Pfalz**

26.–27. Februar 1972

Zukunftsorientierte Heimerziehung  
Information und Diskussion für  
Fachleute und Laien

13.–14. April 1972

Vorschule im Kindergarten

22.–23. April 1972

Politische und menschliche Probleme im südlichen Afrika

## Unsere Autoren

Kai Uwe von Hassel, MdB  
Präsident des  
Deutschen Bundestages  
53 Bonn, Bundeshaus

Pfarrer Eberhard Stammer  
7 Stuttgart 71  
Isegrimweg 3 B

H. Dieter Burkert  
Studiendirektor  
46 Dortmund  
Jülicher Straße 10

Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL  
Ministerpräsident  
23 Kiel, Landeshaus

Dr. Waldemar Wünsche  
53 Bonn-Holzlar  
Ennerstraße 4

# Israel- Studienreise

vom 29. April bis 13. Mai 1972

Besucht werden die Städte Tel Aviv, Caesarea, Haifa, Akko, Shavei Zion, Rosh Hanikra, Safed, Golan-Höhen, Ayelet Hashahar, Kapernaum, Tiberias, Nazareth, Jerusalem, Bethlehem, Hebron, Jericho, Ein Gedi, Sodom, Arad, Beer Scheba, Ashkelon, Ashdot.

## **Bei einer Beteiligung von 30 bis 40 Personen:**

Preis pro Person: 1375,— DM

Einzelzimmerzuschlag: 156,— DM  
pro Person

Bei geringerer Beteiligung wird ein kleiner Zuschlag pro Person erhoben.

## **Der Preis beinhaltet:**

Flug in der Touristenklasse Frankfurt — Tel Aviv — Frankfurt; Unterbringung in guten Hotels in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC; alle Rundreisen und Besichtigungsfahrten; Vollverpflegung, außer an drei Tagen, wo nur Halbverpflegung gegeben wird.

Anmeldung und ausführliche Unterlagen von Ihrem

## **Reisebüro ALR**

Atlantik-Luft-Reederei GmbH

53 Bonn · Wesselstraße 8 · Telefon (0 22 21) 63 11 86